

Gemeinderat scheitert in den strittigen Punkten

Gemeindeordnung Hombrechtikon Die vorberatende Gemeindeversammlung ändert die Vorlage zur Gemeindeordnung massgeblich. Das letzte Wort dazu ist aber noch nicht gesprochen.

Philippa Schmidt

Es blieb kein Stein auf dem anderen: Die vorberatende Gemeindeversammlung änderte die Gemeindeordnung am Mittwochabend massiv. Anders als dies der Gemeinderat vorgeschlagen hat, soll es in Hombrechtikon künftig eine Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission geben, die Sozialbehörde dürfte nicht zur unterstellten Kommission werden und die Schulpflege nicht verkleinert. Und dies sind nur einige der hitzig diskutierten Änderungen.

Über drei Stunden dauerte die Versammlung im Gemeindegemeinschaftssaal, zu der 103 Stimmberechtigte erschienen. Die einleitenden Worte nutzte Gemeindepräsident Rainer Odermatt (FDP), um in Erinnerung zu rufen, welche Ziele der Gemeinderat mit dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Revision erreichen möchte. «Im Dorf kursierte, der Gemeinderat wolle mehr Macht», sagte Odermatt. «Dies ist nicht der Fall: Der Gemeinderat will für die Bevölkerung von Hombrechtikon sparen.»

Antrag für elf Sitze

Besonders emotional wurde es beim Thema Schule. Hier ging es um die Stellenschaffungskompetenz, die der Gemeinderat – zumindest bei Stellen, bei denen dies gesetzlich nicht anders vorgegeben ist – neu sich selbst geben wollte. «Da versucht man, auf dem Buckel der Schule zu sparen», enervierte sich SP-Präsident Walter Bruderer.

Unterstützung äusserten mehrere besorgte Bürger. So befürchtete ein Hombrechtiker, dass dies der erste Schritt zur Abschaffung der Schulpflege sei. Der Hinweis vonseiten des Gemeinderats, dass die Schulpflege in der Frage der Stellenschaffungskompetenz wie andere Ressorts behandelt werden solle und dass es um eine Hilfestellung gehe, kam bei der Versammlung nicht an. Diese sagte deutlich Ja zum SP-Antrag, be-



Viele Änderungsanträge zur Gemeindeordnung von Hombrechtikon drehten sich um das Thema Schule – hier im Bild ist das Schulhaus Gemeindmatt zu sehen. Archivfoto: Patrick Gutenberg

sagte Kompetenz bei der Schule zu belassen.

Um die Nähe der Schulpflege zu den Schulen und die Belastung der Schulpfleger ging es bei der Zahl der Schulpflegesitze. Der Gemeinderat wollte diese von sieben auf fünf reduzieren, wogegen ebenfalls ein Antrag der SP einging. Überraschend reichte ein Hombrechtiker einen weiteren Antrag ein, der sogar elf Schulpflegesitze forderte. Das Argument von Schulpräsidentin Eveline Huber (FDP), die Schulpflege übernehmen weniger operative Aufgaben, vermochte nicht zu überzeugen. In einem zweistufigen Abstimmungsverfahren blieb

die elfköpfige Schulpflege zwar chancenlos. Im Duell entschieden sich die Anwesenden aber deutlich dafür, dass weiter sieben Sitze festgeschrieben sind.

Sozialbehörde wehrt sich

Nicht nur eine, sondern gleich vier Personen stellten sich hinter den Rednerpult, als es um die Unterstellung der Sozialbehörde unter den Gemeinderat ging. Ein Akt, der eine starke Symbolik ausdrückte, handelte es sich doch um die Mitglieder der Sozialbehörde selbst, die sich gegen die Unterstellung wehrten. Die vier Männer und Frauen schilderten, mit wie viel Herzblut und welchem grossem Zeit-

aufwand, sie sich in ihre Fälle einarbeiteten.

Unterstützung erhielten sie dabei von SVP-Vizepräsident Tumasch Mischol, der den Antrag stellte, der Sozialbehörde ihre Unabhängigkeit zu lassen. Auf der anderen Seite sprach sich nicht nur der Hombrechtiker Gesellschaftsvorsteher Eugen Gossauer (FDP), sondern auch GLP-Präsident Dominik Brem für die Unterstellung aus. «Wir brauchen eine Sozialbehörde, aber wir glauben einfach, dass die jetzige Form nicht mehr zeitgemäss ist», sagte der Grünliberale und verwies darauf, dass viele Aufgaben an die Kesb delegiert worden seien. Eine deut-

liche Mehrheit stellte sich indes gegen diese Argumente und folgte dem Antrag von Mischol.

Versammlung will RGPK

Kritik an möglichen stillen Wahlen nicht nur bei Ersatz-, sondern neu auch bei Erneuerungswahlen übte ebenfalls Mischol. «An der Urne kann bis zum letzten Tag noch jede Person gewählt werden», führte der Altkantonsrat aus. Odermatt kontierte, dass die Demokratie nicht geschmälert werde, und präzisierte, dass Parteien und Bürgerinnen sowie Bürger im Vorfeld der stillen Wahl Vorschläge politisch bekämpfen könnten. Argumente, die offensichtlich

nicht verfangen: Mit 54 zu 37 Stimmen folgten die Anwesenden Mischols Antrag auf Streichung des Artikels.

Fast schon als Finale kann die Diskussion um die Umwandlung der Rechnungsprüfungskommission (RPK) in eine Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) bezeichnet werden. Der Antrag dazu stammte von der RPK selbst. «Wir wollen sie auf Augenhöhe beraten und die bestmögliche Empfehlung geben können», richtete sich RPK-Präsident Remo Pfyl (parteilos) an die Stimmberechtigten.

Finanzvorsteher Daniel Wenger (FDP) liess das nicht so stehen. Vielmehr verwies er auf einen Mehraufwand und Mehrkosten. Zudem bezeichnete er die vorgesehene «RGPK light», die Geschäfte im Nachhinein prüft, als unbefriedigend. Ob der Einwand von RPK-Mitglied Stefan Sulzer (FDP) – man prüfe jetzt schon wie eine RGPK, dürfe den Stimmberechtigten aber das Ergebnis nicht mitteilen – den Ausschlag gegeben hat, ist unklar. Doch am Schluss sprach sich die Versammlung mit 47 zu 39 Stimmen für eine RGPK aus.

Fast einstimmig

Ebenfalls angepasst wurde, dass es auch künftig ein umfassendes Beratungsprotokoll der Gemeindeversammlung geben soll und dass die Gemeindeversammlung über das Beitragsreglement der familienergänzenden Kinderbetreuung entscheidet.

In der Schlussabstimmung nahm die vorberatende Gemeindeversammlung die überarbeitete Gemeindeordnung bei Enthaltung der Gemeinderäte fast einstimmig an. Ein endgültiges und verbindliches Ja braucht die Gemeindeordnung aber noch am 26. September an der Urne. Und da könnte der Gemeinderat seine Fassung als Variante ebenfalls zur Abstimmung stellen. Angesichts der zahlreichen Änderungen wäre es sehr überraschend, wenn er dies nicht täte.

Auf der neuen Marktgasse ist Tempo 20 geplant

Begegnungszone in Meilen Auf den Strassen rund um die künftige Markthalle in Meilen soll der Verkehr nur langsam fließen.

Schritt für Schritt entsteht in Meilen ein neues Dorfzentrum. Das erweiterte Gemeindehaus und der Dorfplatz sind bereits fertig, westlich davon soll bis 2023 eine Markthalle mit Läden und Wohnungen im Obergeschoss entstehen. Der Meilemer Gemeinderat macht sich dabei auch Gedanken, was dies für den Verkehr in der unmittelbaren Umgebung bedeuten soll.

Gemeinderat will Begegnungszone schaffen

Heute verläuft im Gebiet ein verwinkeltes Strassengeflecht. Es verbindet die Turnhalle, in der sich gegenwärtig das Impfzentrum befindet, das Dorfprovisorium DOP – das teilweise der neuen Markthalle weichen soll – sowie umliegende Häuser. Ein Teil dieser Strasse wird künftig Marktgasse heissen, ein an-

derer behält den Namen Hüniweg. Auf den beiden Abschnitten soll künftig Tempo 20 gelten. Der Meilemer Gemeinderat will hier also eine Begegnungszone schaffen, in der Fussgänger Vortritt haben. Dies geht aus der Dokumentation hervor, die derzeit öffentlich aufliegt. Heute sind die Strassen wenig befahren, da es kaum Durchgangsverkehr gibt. Steht dereinst die Markthalle, ist mit mehr Verkehr zu rechnen.

Temporeduktion verbessere die Sicht

Der Hüniweg und die geplante Marktgasse würden «zukünftig eine hohe Frequenz von unterschiedlichen Nutzergruppen mit ganz verschiedenen Tempi und Zielorten aufweisen», heisst es in einem Verkehrsgutachten, das der Meilemer Ge-



Hinter der geplanten Markthalle (Gebäude in der Mitte) wird die neue Marktgasse verlaufen. Visualisierung: PD / Von Ballmoos Partner Architekten AG

meinderat in Auftrag gegeben hat. Wegen der verwinkelten und unübersichtlichen Struktur der Marktgasse und des Hüniwegs seien die Einfahrten schlecht einsehbar. Mit tieferen Geschwindigkeiten würde die Sicht verbessert.

Bereits in der Kirchgasse gilt Tempo 20

Schon heute existiere mit der angrenzenden Kirchgasse eine funktionierende Begegnungszone, heisst es in dem Bericht weiter. Mit dem Einbezug der neuen Marktgasse und des Hüniwegs werde dieser Perimeter erweitert. Bis es so weit ist, wird es allerdings noch etwas dauern. In den Unterlagen ist von einem Zeithorizont von mehreren Jahren die Rede.

Michel Wenzler